

266119-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros – Vergabe Objektplanung Gebäude

Neubau Feuerwehrhaus, Bauabschnitt 1, Gemeinde Gundelfingen

OJ S 88/2024 06/05/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Gundelfingen

E-Mail: felix.altmann@gundelfingen.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Vergabe Objektplanung Gebäude Neubau Feuerwehrhaus, Bauabschnitt 1, Gemeinde Gundelfingen

Beschreibung: Die Gemeinde Gundelfingen beabsichtigt das in den 1980er Jahren erbaute Feuerwehrgerätehaus in zwei Bauabschnitten neu zu errichten. Inhalt dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe der Objektplanung für den Bauabschnitt 1 im Rahmen dessen ein Abbruch des Nebengebäudes, der Garage, des Schlauchturms und der Treppe erforderlich ist. Der Leistungsumfang umfasst neben dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses auch die Integrationsplanung des Altbaus. Zu erbringen sind die Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 9 für das Leistungsbild Gebäude in vollem Umfang gemäß Anlage 10.1 zu § 34 Abs. 4, § 35 Abs. 7 HOAI. Zudem soll die sog. Leistungsphase 0, oder Zielfindungsphase, im Zuge dieser Vergabe beauftragt werden.

Kennung des Verfahrens: 7d0dfbdb-bed6-4ec0-bf67-fdb62d2b0765

Interne Kennung: FR05-260

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Breisgau-Hochschwarzwald (DE132)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 485 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bewerber- und Bietergemeinschaften: Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften sind im Rahmen des kartellrechtlich Erlaubten zugelassen und stehen in diesem Verfahren den Einzelbewerbern bzw. -bietern gleich. Bewerber bzw. Bietergemeinschaften haben sich durch eine von allen Mitgliedern der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft abzugebenden Erklärung zu folgenden Punkten zu erklären: Benennung einer Vertretung der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft (einschließlich Kontaktdaten), Aufgabenteilung innerhalb der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft, Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (GbR) für den Auftragsfall, Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im gesamten Vergabeverfahren (einschließlich Verhandlungsverfahren), Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. späteren Bietergemeinschaft für die Auftragsdurchführung. Das Bilden einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft nach Ablauf der Teilnahmefrist führt zum Ausschluss der Bewerber bzw. Bieter. Eine Änderung der Bewerbergemeinschaft bzw. Bietergemeinschaft nach Ablauf der Teilnahmefrist bzw. der Angebotsfrist und vor der Zuschlagserteilung führt zum Ausschluss der beteiligten Bewerber bzw. Bieter, wenn durch die Änderung der Wettbewerb beeinträchtigt wird. Die Teilnahme im Rahmen einer Bewerbergemeinschaft bzw. die Angebotsabgabe im Rahmen einer Bietergemeinschaft und die gleichzeitige Teilnahme als Bewerber oder als Mitglied einer anderen Bewerbergemeinschaft bzw. die Angebotsabgabe als Bieter oder als Mitglied einer anderen Bietergemeinschaft sind ausgeschlossen. In einem solchen Fall werden die beteiligten Bewerber bzw. Bieter ausgeschlossen. Ebenso ist die gesellschaftsrechtliche Beteiligung an einem Einzelbewerber bzw. -bieter und die gleichzeitige Mitgliedschaft an einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft und / oder die gesellschaftsrechtliche Beteiligung eines Einzelbewerbers bzw. -bieters an einem Mitglied einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft ausgeschlossen, wenn durch die Beteiligung der Wettbewerb beeinträchtigt ist. Der Bewerber bzw. Bieter hat sich zu ihm bekannten Beteiligungsverhältnissen zu erklären. Für den Fall der Wettbewerbsbeeinträchtigung werden die beteiligten Bewerber bzw. Bieter aus dem Verfahren ausgeschlossen. Gleiches gilt, wenn die Wettbewerbsbeeinträchtigung erst später festgestellt wird. Eignungsleihe: Im Fall der Eignungsleihe hat der Bewerber: Art und Umfang der in Anspruch genommenen Kapazitäten anderer Unternehmen zu benennen, das jeweils dafür vorgesehene Unternehmen zu benennen (Namen, gesetzlicher Vertreter und Kontaktdaten), die Eignung des die Kapazitäten stellenden Unternehmens für den Umfang der Eignungsleihe nachzuweisen, den Nachweis zu erbringen, dass auf das die Kapazitäten stellendes Unternehmen kein Ausschlussgrund nach §§ 123, 124 GWB zutrifft (Eigenerklärungen des entleihenden Unternehmens Ausschlussgründe), den Nachweis zu erbringen, dass kein Ausschlussgrund gem. Russlandsanktionen vorliegt (Eigenerklärungen des entleihenden Unternehmens), für den Fall der Eignungsleihe bei wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit ist eine Haftungserklärung und bei Bedarf weitere noch zu benennende Eignungsnachweise in Bezug auf das entleihende Unternehmen vorzulegen. Stützt der Bewerber sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf andere Unternehmen (Eignungsleihe) haftet der Bewerber gemeinsam mit dem Unternehmen, auf das er sich stützt, für die Auftragsausführung im Umfang der Eignungsleihe, § 47 Abs. 3 VgV. Die Haftungserklärung ist gemeinsam mit dem Angebot vorzulegen. Ein die Eignung vermittelndes Unternehmen kann nur dann für mehrere Bewerber tätig sein, wenn sichergestellt ist, dass durch die Mehrfachbeteiligung des Unternehmens keine Einschränkung des Wettbewerbs erfolgt. Das die Eignung vermittelnde Unternehmen hat dies gegenüber dem Auftraggeber zu versichern. Die Versicherung ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Für den Fall der Wettbewerbsverzerrung werden die beteiligten Bewerber aus dem Verfahren ausgeschlossen. Ein Austausch des Unternehmens, auf das sich der Bewerber zum Nachweis der Eignung stützt, ist nur aus wichtigem Grund (z.B. Insolvenz des die Eignung vermittelnden

Unternehmens) und nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Die Eignung des ersetzenden Unternehmens ist nachzuweisen. Die Eignung des Bewerbers wird erneut geprüft. Der Bewerber bzw. Bieter hat Unternehmen, auf deren Kapazitäten er sich beruft, innerhalb einer vom Auftraggeber genannten Frist auszutauschen, wenn das Unternehmen, auf dessen Kapazitäten der Bewerber bzw. Bieter sich beruft, die Eignungsanforderungen nicht erfüllt. Auswahl der Bieter für die 2. Verfahrensstufe: Die Auswahl der Bieter zur Verfahrensstufe erfolgt anhand der Bewertung der Angaben zu den eingereichten Referenzprojekten (2 Referenzprojekte), nach folgenden Kriterien in Bezug auf die Vergleichbarkeit mit der ausgeschriebenen Leistung: Anforderungen (max. 10 Pkt.), Erfahrung mit öffentlichem Auftraggeber (max. 10 Pkt.), Anlagengruppen (max. 10 Pkt.), Leistungsumfang (max. 10 Pkt.), Projektvolumen (max. 10 Pkt.). Somit können je Referenzprojekt max. 50 Punkte erreicht werden (insgesamt max. 100 Punkte). Der Auftraggeber begrenzt gem. § 51 VgV die Anzahl der Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden auf drei Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften. Die Mindestzahl beträgt drei Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften. Der Auftraggeber behält sich vor, das Verfahren auch dann durchzuführen, wenn die Zahl der Bewerber unter der Mindestzahl liegt. Bei Gleichwertigkeit werden die gleichplatzierten Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften zur Angebotsabgabe aufgefordert. Kommunikation: Mitteilungen an den Bewerber/Bieter (einschließlich Mitteilungen nach § 134 GWB) werden über das Bewerber-/Bieterpostfach der Vergabeplattform bereitgestellt. Das Bewerber-/Bieterpostfach der Vergabeplattform hat die Funktion eines (elektronischen) Briefkastens. Mit Bereitstellung der Mitteilung im Bewerber-/Bieterpostfach auf der Vergabeplattform gehen die Mitteilungen dem Bewerber/Bieter zu. Der Bewerber /Bieter ist für die Kontrolle des Bewerber-/Bieterpostfachs der Vergabeplattform eigenverantwortlich zuständig. Der Bewerber/Bieter hat unabhängig vom Zugang zusätzlicher Nachrichten über einen Posteingang im Bewerber-/Bieterpostfach dieses selbständig auf das Vorhandensein von Mitteilungen zu kontrollieren. Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft / der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft ist verpflichtet, unabhängig vom Erhalt einer Informations-E-Mail über das Vorliegen von neuen Informationen, seinen Account auf der Vergabeplattform auf den Zugang von Informationen jeglicher Art hin zu kontrollieren. Vorzulegende Dokumente und Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb: Formblätter und Nachweise (siehe Verfahrensleitfaden und dazugehörige Anlagen) Einzulegende Unterlagen für die Angebotsabgabe: Formblätter, Nachweise und entsprechende Unterlagen für Erst- und Endangebot (siehe Verfahrensleitfaden und dazugehörige Anlagen)

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

VgV -

2.1.6. Ausschlussgründe

Konkurs: Insolvenz

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren

Korruption: Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung

Vergleichsverfahren: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Bildung krimineller Vereinigungen

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung
Betrugsbekämpfung: Betrug oder Subventionsbetrug
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Menschenhandel,
Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung
Zahlungsunfähigkeit: Zahlungsunfähigkeit
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen arbeitsrechtliche
Verpflichtungen
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Insolvenz
Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Rein nationale Ausschlussgründe
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Interessenkonflikt
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Schwere Verfehlung
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Mangelhafte
Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen sozialrechtliche
Verpflichtungen
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von
Sozialversicherungsbeiträgen
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Einstellung der beruflichen Tätigkeit
Entrichtung von Steuern: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder
Abgaben
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:
Bildung terroristischer Vereinigungen
Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen
Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:
Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Vergabe Objektplanung Gebäude Neubau Feuerwehrhaus, Bauabschnitt 1, Gemeinde Gundelfingen
Beschreibung: Die Gemeinde Gundelfingen beabsichtigt das in den 1980er Jahren erbaute Feuerwehrgerätehaus in zwei Bauabschnitten neu zu errichten. Inhalt dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe der Objektplanung für den Bauabschnitt 1 im Rahmen dessen ein Abbruch des Nebengebäudes, der Garage, des Schlauchturms und der Treppe erforderlich ist. Der Leistungsumfang umfasst neben dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses auch die Integrationsplanung des Altbaus. In einer Machbarkeitsstudie wurden mehrere Bauplätze geprüft. Der Neubau soll an Bauplatz 1, dem bisherigen Feuerwehrstandort, realisiert werden. Der zweite Bauabschnitt, verbunden mit dem Abbruch des bestehenden Feuerwehrhauses, soll zeitlich deutlich versetzt zur Umsetzung des ersten Bauabschnitts erfolgen. Entsprechend sind die Planungsleistungen hierfür nicht Teil des in diesem Verfahren vergebenen Leistungsumfangs. Ziel des Vergabeverfahrens ist es, ein Büro, oder eine Bürogemeinschaft, zu beauftragen, welches eine hochwertige Planungs- und Bauqualität verspricht. Zu erbringen sind die Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 9 für das Leistungsbild Gebäude in vollem Umfang gemäß Anlage 10.1 zu § 34 Abs. 4, § 35 Abs. 7 HOAI. Zudem soll die sog. Leistungsphase 0, oder Zielfindungsphase, im Zuge dieser Vergabe beauftragt werden. Da die Realisierung des Projekts mit verschiedenen Faktoren in Zusammenhang steht, wird eine stufenweise Beauftragung vorgesehen. Mit

Zuschlagserteilung wird zunächst die Stufe 1 (Zielfindungshase, Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 4, etwaige Besondere Leistungen) beauftragt. Anschließend ist die Beauftragung der Stufe 2 (Grundleistungen der Leistungsphasen 5 bis 9 und etwaige Besondere Leistungen) beabsichtigt. Ein Anspruch auf Beauftragung der zweiten Stufe besteht jedoch nicht. Die Adresse des derzeitigen und zukünftigen Standorts für das Feuerwehrhaus: Industriestraße 25 in 79194 Gundelfingen. Planunterlagen sowie ein Luftbild sind den Vergabeunterlagen beigelegt. Eine Besichtigung des Standorts und Bestandsgebäudes ist für die Bieter, die zur Angebotsabgabe aufgefordert wurden, auf Anfrage bei der Gemeindeverwaltung möglich. Bauabschnitte: Inhalt dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe der Objektplanung für den ersten Bauabschnitt im Rahmen dessen ein Abbruch der nachträglich (2014) angebauten Fahrzeughalle, der Garagen, des Schlauchturms und der Treppe erforderlich ist. Der Leistungsumfang umfasst neben dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses auch die Integrationsplanung des Altbaus und die Berücksichtigung von Schnittstellen, die sich aus den Fachplanungen ergeben. Der zweite Bauabschnitt, verbunden mit dem Abbruch des bestehenden Feuerwehrhauses, soll zeitlich deutlich versetzt zur Umsetzung des ersten Bauabschnitts erfolgen. Entsprechend sind die Planungsleistungen hierfür nicht Teil des in diesem Verfahren vergebenen Leistungsumfangs. Interne Kennung: 0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Breisgau-Hochschwarzwald (DE132)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 24 Monate

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 485 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung werden folgende Angaben verlangt: Registereintragung (z.B.

Handelsregister, Partnerschaftsregister), Mitgliedschaft Berufsständische Organisation (z.B.

Kammerzugehörigkeit) Bewerber, die aus Rechtsgründen nicht über vorgenannte Unterlagen

bzw. Erklärungen verfügen (z.B. mangels Eintragungspflicht oder Mitgliedschaft), haben

vergleichbare Nachweise zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung vorzulegen.

Soweit eine Eintragungspflicht nicht besteht, ist dies anzugeben. Im Fall der Eignungsleihe siehe 2.1.4.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Berufshaftpflichtversicherung: Nachweis einer für die Dauer des Vertrages und bis zur vollständigen Erfüllung bestehenden

Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Personenschäden, Sachschäden und Vermögensschäden jeweils i.H.v. mindestens 1 Mio. EUR / vorgenannten

Schadensbereich durch Vorlage einer Kopie der Versicherungspolice oder Vorlage einer Versicherungsbestätigung, dass im Falle der Zuschlagserteilung ein entsprechender

Versicherungsschutz gewährt wird. Diese Bestätigung muss vom Versicherungsunternehmen selbst, nicht vom Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft, ausgestellt sein. Bei

Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen ist eine Erklärung des

Versicherungsunternehmens erforderlich, dass alle Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind.

Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft oder für die gesamte Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Gesamtnettoumsatz:

Eigenerklärung über den Gesamtnettoumsatz aus den letzten drei abgeschlossenen

Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023), die Darstellung muss für jedes Jahr erfolgen. Sofern der abschließende Gesamtnettoumsatz des Jahres 2023 noch nicht vorliegt, darf ein vorläufiger

Wert angegeben werden. Der durchschnittliche Mindestumsatz muss mind. 450.000 € pro Jahr betragen. Im Fall der Eignungsleihe siehe 2.1.4.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Anzahl der Mitarbeitenden: Eigenerklärung mit Angaben zur aktuellen Mitarbeiterzahl in Vollzeitäquivalenten (ohne Praktikanten, Azubi, fachfremde

Mitarbeiter) (Jahr 2024). Diese muss mindestens fünf betragen. Bei Bewerbergemeinschaften ist die Erklärung für jeden Bewerber gesondert vorzulegen. Die Angaben zur

Mitarbeiterzahl sind zusammengefügt darzustellen. Die Mitarbeiterzahl eines einzelnen an

der Bewerbergemeinschaft beteiligten Büros, kann unter der geforderten

Mindestmitarbeiterzahl liegen. Die Mindestmitarbeiterzahl, die der Bewerbergemeinschaft

insgesamt zur Verfügung steht, muss mindestens fünf betragen. Die Verfügbarkeit ist zu

versichern. Qualifikation der Mitarbeitenden: Eigenerklärung zu Angaben zur verantwortlichen Projektbearbeitung und stellvertretenden verantwortlichen Projektbearbeitung mit den

Angaben zur Person, Ausbildungsabschluss, Berufserfahrung als Architektin / Architekt bzw. Ingenieurin / Ingenieur (oder vergleichbar). Für die verantwortliche Projektbearbeitung und die

stellvertretende verantwortliche Projektbearbeitung sind Nachweise zur Eintragung in die

Architekten-/Ingenieurkammer oder vergleichbare Nachweise zur Berufsqualifikation (z.B.

Diplom-Urkunde, Master-Urkunde etc.) vorzulegen. Die geforderte Berufserfahrung für die

verantwortliche Projektbearbeitung beträgt 5 Jahre, für die Stellvertretung 3 Jahre. Zudem soll

mindestens eine Person im Projektteam eine Qualifikation als Bautechnikerin / Bautechniker

vorweisen können. Technische Ausstattung: Eigenerklärung zur Verwendung

branchenüblicher Hard- und Software (z.B. CAD- und AVA-Software, dxf, dwg, GAEB etc.). Im Fall der Eignungsleihe siehe 2.1.4. Referenzprojekte: Es sind zwei Referenzprojekte aus dem Leistungsbild Objektplanung Gebäude einzureichen, deren Fertigstellung im Zeitraum zwischen dem 01.01.2014 und dem Datum der Teilnahmefrist zu diesem Verfahren erfolgt ist. Zudem muss es sich bei mindestens einem der einzureichenden Referenzprojekte um ein Feuerwehrgerätehaus handeln. Ebenfalls, muss bei mindestens einem der eingereichten Referenzprojekte eine damit verbundene Abbruchmaßnahmen mitgeplant bzw. berücksichtigt worden sein. Hierbei handelt es sich um Mindestanforderungen. Sind diese nicht erfüllt, können die eingereichten Referenzprojekte im Rahmen der unter 2.1.4 skizzierten Referenzbewertung nicht berücksichtigt werden.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Architektonische / Städtebauliche Qualität

Beschreibung: Architektonische / Städtebauliche Qualität

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Umsetzung / Funktionalität des Raumprogramms

Beschreibung: Umsetzung / Funktionalität des Raumprogramms

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Verfügbarkeit vor Ort

Beschreibung: Verfügbarkeit vor Ort

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Vorstellung und Darstellung des Projektteams

Beschreibung: Vorstellung und Darstellung des Projektteams

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Darstellung des vorgesehenen Projektablaufs

Beschreibung: Darstellung des vorgesehenen Projektablaufs

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Eindruck im Verhandlungstermin

Beschreibung: Eindruck im Verhandlungstermin

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preiskriterium

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/7d0dfbdb-bed6-4ec0-bf67-fdb62d2b0765

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**Verfahrensbedingungen:**

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 27/05/2024

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/7d0dfbdb-bed6-4ec0-bf67-fdb62d2b0765

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 13/05/2024 12:00:00 (UTC+00:00)

Westeuropäische Zeit, GMT

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 239 \$name_timeperiod.

DAYS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Gefordert wird die Berufsqualifikation einer Architektin / eines Architekten bzw. einer Ingenieurin / eines Ingenieurs gefordert, § 75 Abs. 1 VgV bzw. Bewerber, die nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die entsprechenden Berufsbezeichnung zu tragen und nach der EG-Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome (EG-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG) in der Bundesrepublik Deutschlandentsprechend tätig werden dürfen. Bei juristischen Personen: mindestens einer der Gesellschafter, die verantwortliche Projektbearbeitung und die stellvertretende verantwortliche Projektbearbeitung, die an natürliche Personen gestellten

Anforderungen erfüllen. Juristische Personen sind grundsätzlich teilnahmeberechtigt, wenn sie mit dem Teilnahmeantrag diese Personen benennen, §§ 43 Abs. 1, 75 Abs. 1, 3 VgV. Für Bewerbergemeinschaften gilt dieses entsprechend. Als vorläufiger Nachweis dient die Kopie entsprechender Urkunden.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe
Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen. (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen. Es wird auf § 160 GWB und insbesondere auf das grundsätzliche Erfordernis einer Rüge verwiesen: § 160 GWB Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt. 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

KommunalKonzept BW GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Gemeinde Gundelfingen

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Gundelfingen
Registrierungsnummer: 10727
Postanschrift: Alte Bundesstr. 31
Stadt: Gundelfingen
Postleitzahl: 79194
Land, Gliederung (NUTS): Breisgau-Hochschwarzwald (DE132)
Land: Deutschland
E-Mail: felix.altmann@gundelfingen.de
Telefon: +49 7615911402
Internetadresse: <https://www.gundelfingen.de/startseite>
Profil des Erwerbers: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe
Registrierungsnummer: 73b3dc1a-6d89-4dae-be5e-83dbb43913b2
Postanschrift: Durlacher Allee 100
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76137
Land, Gliederung (NUTS): Breisgau-Hochschwarzwald (DE132)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 7219268730

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Kommunalkonzept BW GmbH
Registrierungsnummer: f7c7dc02-6d0f-49bc-8f87-1370ed2a6739
Postanschrift: Jechtinger Str. 9
Stadt: Freiburg
Postleitzahl: 79111
Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)
Land: Deutschland
E-Mail: l.buss@kommunalkonzept.de
Telefon: +49 76155738946
Internetadresse: <https://www.kommunalkonzept-gmbh.de/>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung
:
7d0dfbdb-bed6-4ec0-bf67-fdb62d2b0765-01
Hauptgrund für die Änderung
:
Aktualisierte Informationen
Beschreibung
:
Friständerung und Änderung Sektion 5.1.9

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 6ac26d26-3739-4712-974c-eb502b630d89 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 03/05/2024 10:36:00 (UTC+00:00)
Westeuropäische Zeit, GMT
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 266119-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 88/2024
Datum der Veröffentlichung: 06/05/2024